

Lehmann, Robert; Ragnitz, Joachim; Wollmershäuser, Timo

Article

Droht die Bedeutungslosigkeit der deutschen Industrie? Eine Betrachtung für die Bundesländer

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Lehmann, Robert; Ragnitz, Joachim; Wollmershäuser, Timo (2025) : Droht die Bedeutungslosigkeit der deutschen Industrie? Eine Betrachtung für die Bundesländer, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 32, Iss. 6, pp. 8-16

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/334414>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Forschungsergebnisse

Droht die Bedeutungslosigkeit der deutschen Industrie?

Eine Betrachtung für die Bundesländer

Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Timo Wollmershäuser*

Derzeit wird in Deutschland intensiv über das Thema Deindustrialisierung diskutiert. Im vorliegenden Artikel beleuchten wir die Entwicklung des realen Wertschöpfungsanteils des Verarbeitenden Gewerbes in den Bundesländern. Für den Großteil der Länder zeigt sich in den vergangenen zehn Jahren eine recht stabile Industriequote, so dass anhand dieses Maßes bislang nicht von einer tiefgreifenden Deindustrialisierung gesprochen werden kann. In Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz muss jedoch ein Bedeutungsverlust der Industrie konstatiert werden. Ein Bedeutungsgewinn zeigt sich hingegen in Baden-Württemberg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern.

In Deutschland herrscht die Sorge vor einer Deindustrialisierung. Im vergangenen Jahr produzierten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes um 13 % weniger Industriewaren als noch im Jahr 2018. Allerdings verschleiert der ausschließliche Blick auf den Index der Industrieproduktion den in der deutschen Industrie stattfindenden Strukturwandel. So zeigt sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine erhebliche Zunahme der Diskrepanz zwischen der realen Bruttowertschöpfung und dem Produktionsindex. Zwar ist auch die reale Bruttowertschöpfung im Zeitraum von 2018 bis 2024 um 5 % gesunken und deutet damit auf eine Krise im Verarbeitenden Gewerbe hin. Allerdings fällt der Rückgang deutlich gerin-

ger aus als beim Produktionsindex. Lehmann et al. (2025) führen diese Diskrepanz auf die zunehmende Bedeutung hybrider Geschäftsmodelle im Verarbeitenden Gewerbe zurück, bei denen ein zunehmender Anteil der Industrieumsätze mit produktbegleitenden Dienstleistungen und durch ausgelagerte Produktionsstätten erwirtschaftet wird.

Auch die Zahl der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe ist seit 2018 gesunken, nämlich um 4,1 %; dies entspricht knapp 320 000 Personen. Ein Deindustrialisierungstrend lässt sich aber auch hieraus nicht unbedingt ableiten, denn bei steigenden Arbeitskosten versuchen die Unternehmen, Arbeitskräfte einzusparen und dies nach Möglichkeit durch Produktivitätssteigerungen zu kompensieren. Zwar ist die Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe seit 2018 um rund 1 % gesunken; dennoch zeigt sich hieran, dass die Industrie durchaus in der Lage ist, auf die veränderten Herausforderungen zu reagieren – zumal sich in der (leichten) Abnahme der

* Dr. Robert Lehmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen, Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Leiter der Niederlassung Dresden und Prof. Dr. Timo Wollmershäuser ist Leiter der Konjunkturprognosen des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

Arbeitsproduktivität auch konjunkturelle Effekte niederschlagen dürften.

Ob die derzeitige Krise im Verarbeitenden Gewerbe mit einer Deindustrialisierung einhergeht, kann aus heutiger Sicht nicht abschließend beurteilt werden. Grundsätzlich bezeichnet eine Deindustrialisierung einen dauerhaften Bedeutungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes zugunsten anderer Wirtschaftsbereiche. Die wirtschaftliche Bedeutung einzelner Wirtschaftsbereiche wird üblicherweise anhand der Anteile ihrer Wertschöpfung an der Gesamtwirtschaft analysiert (vgl. Herrendorf et al. 2013). Lehmann und Wollmershäuser (2025a) zeigen, dass der reale Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland zwar zuletzt gesunken ist, aber insgesamt seit Mitte der 2000er Jahre im Einklang mit dem Konjunkturzyklus um einen weitgehend stabilen Mittelwert schwankt. Sie zeigen aber auch, dass sich durch den Strukturwandel die Anteile einzelner Industriezweige an der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes und damit deren Bedeutung verändern. Für die Länder der Europäischen Union dokumentieren Lehmann und Wollmershäuser (2025b), dass es vor allem im Zeitraum von 1995 bis 2015 zu starken Veränderungen der realen Wertschöpfungsanteile des Verarbeitenden Gewerbes kam, während diese Quote in den vergangenen zehn Jahren in nahezu allen Mitgliedstaaten weitestgehend stabil blieb.

Im vorliegenden Aufsatz erweitern wir die Diskussion um den Blick auf die deutschen Bundesländer, zwischen denen erhebliche wirtschaftsstrukturelle Unterschiede bestehen. Dies spiegelt sich zum einen in der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes und zum anderen in der Zusammensetzung des Verarbeitenden Gewerbes und damit in der Bedeutung einzelner Industriebereiche wider. Für die meisten Bundesländer zeigt sich in der letzten Dekade ein recht stabiler realer Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes, so dass anhand dieses Maßes bislang nicht von einer tiefgreifenden Deindustrialisierung gesprochen werden kann. Einen Bedeutungsverlust der Industrie, insbesondere auch in den vergangenen Jahren, muss für Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz konstatiert werden, wobei allerdings in Berlin die Industrie per se eine deutlich geringere Rolle spielt. Bedeutungsgewinne sind hingegen für Baden-Württemberg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern beobachtbar.

Strukturwandel und industrieller Wertschöpfungsanteil

Strukturwandel bezeichnet nach Herrendorf et al. (2013) die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten zwischen ein-

zelnen Wirtschaftsbereichen. Quantitativ wird dieser Strukturwandel produktions- und konsumseitig beziffert. Auf der Produktionsseite – auf welche wir uns im Folgenden fokussieren – sind entweder Beschäftigungs- oder Wertschöpfungsanteile die gewählten Maße. Beschäftigungsanteile haben den Nachteil, dass sie Produktivitätsunterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen vernachlässigen und damit ein verzerrtes Bild der Bedeutung eines Wirtschaftsbereichs zeichnen können. Bei den Wertschöpfungsanteilen werden meist nominale Anteile zur Beschreibung des Strukturwandels herangezogen. Nachteilig an diesem Maß ist der Einfluss von Preisentwicklungen. So hängt die gesamtwirtschaftliche Bedeutung eines Wirtschaftsbereichs neben der Mengenkomponente auch an der eigenen Preisentwicklung sowie an der Veränderung der Relativpreise zwischen den Wirtschaftsbereichen, welche sich in Deutschland besonders in den letzten fünf Jahren spürbar verschoben haben (vgl. Lehmann und Wollmershäuser 2025a). Daher sollten zur Beschreibung des Strukturwandels reale Wertschöpfungsanteile betrachtet werden.

Die Berechnung realer Wertschöpfungsanteile ist allerdings nicht frei von Kritik. Mit der Einführung der Vorjahrespreisbasis in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 2005 können Wertschöpfungsanteile basierend auf preisbereinigten Aggregaten nicht mehr ohne Weiteres berechnet werden. Grund hierfür ist die so genannte Verkettung bei der Preisbereinigung, welche die Eigenschaft der Nicht-Additivität aufweist. So ergibt die Summe der preisbereinigten Wertschöpfungsangaben der einzelnen Wirtschaftsbereiche nicht die gesamte Bruttowertschöpfung, mit Ausnahme eines Basisjahres und des jeweils darauffolgenden Jahres. Die Methode von Nierhaus und Abberger (2024) liefert hier Abhilfe, mit welcher reale Wertschöpfungsanteile berechnet werden können, die gleichzeitig additiv sind und sich zu Eins summieren (vgl. Box Wertschöpfungsanteile).

Für Deutschland insgesamt schwankt der reale Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes seit Mitte der 2000er Jahre im Einklang mit dem Konjunkturzyklus um einen weitgehend stabilen Mittelwert (vgl. Abb. 1). In konjunkturellen Abschwungphasen entwickelt sich die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe schwächer als in den übrigen Wirtschaftsbereichen. So sank die reale Industriequote im Zuge der Weltfinanzkrise im Jahr 2009 und der Corona-Pandemie im Jahr 2020 spürbar. In den darauffolgenden Aufschwungphasen zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung, und die Bruttowertschöpfung legt im Verarbeitenden Gewerbe stärker zu als in den übrigen Wirtschaftsbereichen. In den Jahren 2017 und 2018 erreichte die reale Industriequote den bisher höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Auch nach der

Berechnung realer (additiver) Wertschöpfungsanteile

Die diversen Kennziffern zur Messung des Strukturwandels weisen für sich genommen sowohl Vor- als auch Nachteile auf. Beschäftigungsanteile lassen beispielsweise Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung einzelner Wirtschaftsbereiche außer Acht. So werden kapitalintensive Produktionsstrukturen unterzeichnet, welche u. a. durch arbeitsparenden technischen Fortschritt gekennzeichnet sind. Nominale Wertschöpfungsanteile haben den Nachteil, dass diese sowohl durch Mengen- als auch Preiseffekte beeinflusst werden. Zusätzlich zu den direkten Preiseffekten eines Wirtschaftsbereichs kann dessen nominaler Wertschöpfungsanteil auch aufgrund von Relativpreisänderungen variieren. Zur Ausschaltung dieser Preiseffekte bieten sich reale Wertschöpfungsquoten an, welche nach Grömling (2005) wichtige Größen zur Messung des Strukturwandels darstellen.

Im Rahmen des aktuellen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) ist die Interpretation realer Wertschöpfungsanteile allerdings erheblich eingeschränkt. Ursächlich hierfür zeichnet die Deflationierung bzw. Preisbereinigung nominaler Größen (also in laufenden Preisen). Derzeit gilt die Vorjahrespreisbasis als zentrales Instrument zur Preisbereinigung, welche die Festpreisbasis im Jahr 2005 im Zuge der großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ablöste. Im Festpreisverfahren erfolgte die Preisbereinigung nominaler Größen, in dem deren Mengen in Preisen eines festen, vorgegeben Basisjahres ausgedrückt wurden. Somit bildeten Entwicklungen über die Zeit ausschließlich Mengenveränderungen ab. Da die Preisbasis für alle Jahre konstant gehalten wurde, lag der Vorteil des Festpreisverfahrens darin, dass auf reale Größen alle mathematischen Operationen wie die Summation ohne Einschränkungen angewendet werden konnten. Somit konnten auch reale Wertschöpfungsanteile ohne Weiteres berechnet werden. Der Nachteil des Verfahrens lag darin, dass die zugrunde gelegte Preisbasis schnell veraltete. Dem sollte die Vorjahrespreisbasis entsprechend Rechnung tragen. Jedoch haben reale Angaben auf Vorjahrespreisbasis, so genannte unverkettete Volumenangaben in Vorjahrespreisen, den zentralen Nachteil, dass deren zeitliche Entwicklung sowohl Preis- als auch Mengeneffekten unterliegen. Um dies zu verhindern, werden die Volumenangaben bzw. abgeleitete Messziffern daraus miteinander verkettet („chain linking“). Das Ergebnis

daraus ist der bekannte Kettenindex basierend auf einem Referenzjahr (derzeit 2020). Reale Angaben auf Basis dieser Kettenindizes werden als verkettete Volumenangaben bezeichnet; die Veränderung beider Kennziffern über die Zeit resultiert in exakt gleichen Raten, da die verketteten Volumenangaben dem Produkt aus jährlichem Kettenindex und dem konstant gehaltenen nominalen Wert aus dem Referenzjahr entsprechen.

Im Gegensatz zum Festpreisverfahren weisen reale Wertschöpfungsanteile basierend auf verketteten Volumenangaben das zentrale Problem der Nicht-Additivität bzw. additiven Inkonsistenz auf. So entspricht die Summe der Unteraggregate, mit Ausnahme des Basisjahres und des darauffolgenden Jahres, nicht dem Wert des Gesamt aggregates. In unserem Falle ergibt die Summe der Wertschöpfungsangaben der einzelnen Wirtschaftsbereiche nicht die gesamte Bruttowertschöpfung zu einem beliebigen Zeitpunkt. Damit addieren sich auch die realen Wertschöpfungsanteile nicht zu Eins, was deren Interpretierbarkeit ad absurdum führt.

Nierhaus und Abberger (2024) schlagen ein Vorgehen vor, welches diesen Nachteil korrigiert und welches wir im Folgenden adaptieren. In deren Ansatz wird der reale Anteil (aus verketteten Volumen) eines selbst gewählten Basisjahres mit der zeitlichen Veränderung der Anteile aus unverketteten Volumina fortgeschrieben. Nierhaus und Abberger (2024) bezeichnen diesen Wertschöpfungsanteil als additive Quote. Wir hingegen bezeichnen diesen Anteil als reale Quote, um dem Preisbereinigungscharakter Rechnung zu tragen. Der so berechnete reale Anteil hat drei Vorteile. Erstens kann man Entwicklungen über die Zeit darstellen und berechnen. Zweitens addieren sich die Anteile von Unteraggregaten zu jedem Zeitpunkt zu Eins. Drittens werden nur Mengenrelationen und damit keine (Relativ-)Preisänderungen abgebildet. Zentraler Nachteil der Quote ist, dass man deren absolute Höhe nicht interpretieren kann, da diese von der Wahl des Basisjahres abhängt. In unserem Falle ist dies aber unerheblich, da wir strukturelle Veränderungen über die Zeit diskutieren.

Im vorliegenden Aufsatz berechnen wir den realen (additiven) Anteil für das Verarbeitende Gewerbe (WZ08-Code: Abschnitt C). Die Datengrundlage für die Bundesländer bildet die jüngste Veröffentli-

chung des Arbeitskreises VGR der Länder vom März 2025; der Datenstand für Deutschland ist vom August 2025.¹ Die Veröffentlichung des Arbeitskreises enthält die nominalen Bruttowertschöpfungsangaben sowie die Kettenindizes, so dass verkettete Volumenangaben daraus berechnet werden können. Unverkettete Volumenangaben in Vorjahrespreisen

werden vom Arbeitskreis VGR der Länder hingegen nicht veröffentlicht. Jedoch hat uns der Arbeitskreis diese Angaben auf Anfrage zur Verfügung gestellt, wofür wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken möchten. Damit liegen alle Angaben zur Wertschöpfung auf Ebene der Bundesländer für den Zeitraum 1991 bis 2024 vor.

¹ Die Basis bilden die Jahresangaben des Arbeitskreises VGR der Länder zur entstehungsseitigen Berechnung der Wirtschaftsleistung: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2024, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand Februar 2025. Die Berechnungsstände zwischen bundesdeutscher VGR und VGR der Länder fallen bei der vorliegenden Analyse auseinander. Die gesamtdeutschen Werte enthalten bereits die Ergebnisse der Sommerrevision 2025. Für die Bundesländer erfolgt diese Anpassung erst mit der März-Veröffentlichung 2026. Es zeigt sich aber für Deutschland, dass die grundlegenden Aussagen auf Basis des aktuellen Datenstandes im Vergleich zum Datenstand der VGR der Länder erhalten bleiben.

Corona-Pandemie erholte sich die Quote rasch. Seit dem Jahr 2023 fiel sie insgesamt um 1 Prozentpunkt und lag im vergangenen Jahr um 0,5 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Jahre seit 2005.

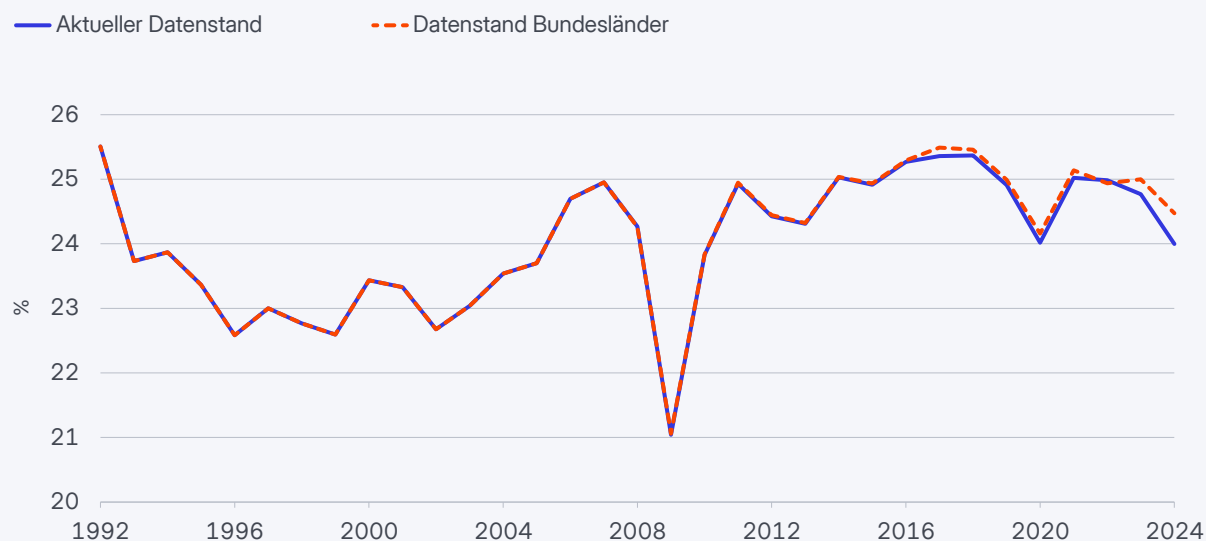
Hinter dem realen Wertschöpfungsanteil für Deutschland verbirgt sich eine starke Heterogenität zwischen den Bundesländern (vgl. Abb. 2 und 3). Für den Großteil der Länder (Bayern, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen) ist der reale Anteil des Verarbeitenden Gewerbes

seit 2015 – unter Berücksichtigung unterschiedlich starker Schwankungen zwischen den Ländern – recht stabil. Für die drei Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich sogar eine zunehmende Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes. In Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz muss hingegen seit 2015 ein teils deutlicher, trendmäßiger Rückgang des realen Wertschöpfungsanteils der Industrie konstatiert werden.

Entscheidend für die Heterogenität zwischen den Bundesländern dürften wohl die lokalen wirtschaftsstrukturellen

Abb. 1

Realer Wertschöpfungsanteil^a des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland



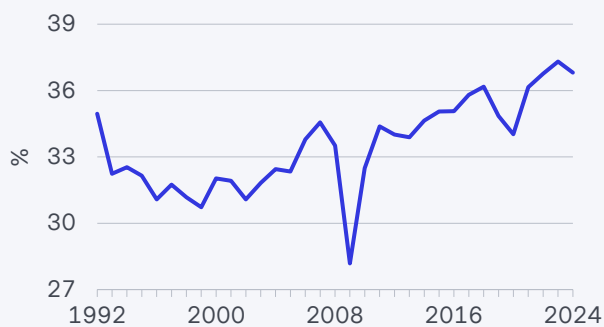
^a Der reale Wertschöpfungsanteil bezeichnet die additive Quote nach Nierhaus und Abberger (2024).
Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2

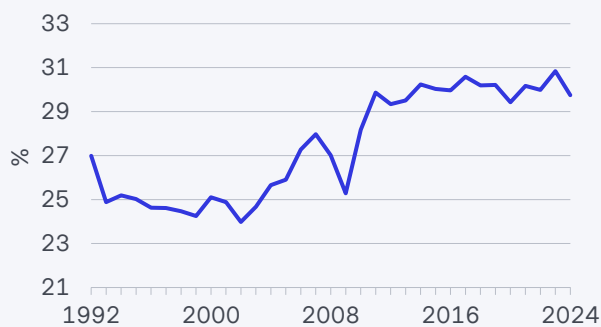
Industrieanteil nach Bundesländern I

Realer Wertschöpfungsanteil in %

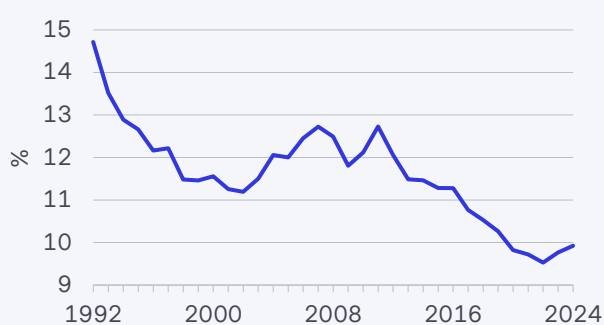
a) Baden-Württemberg



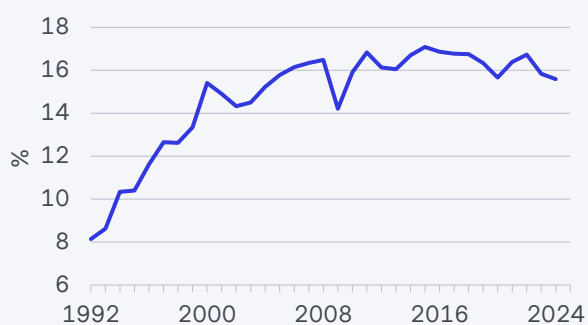
b) Bayern



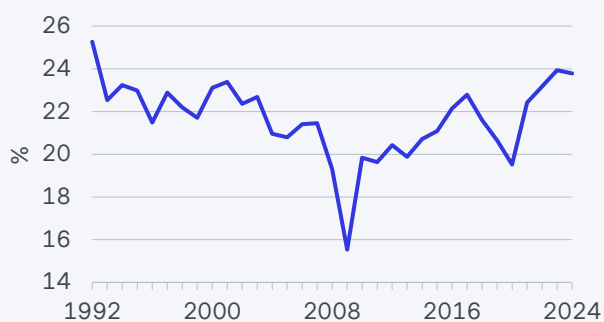
c) Berlin



d) Brandenburg



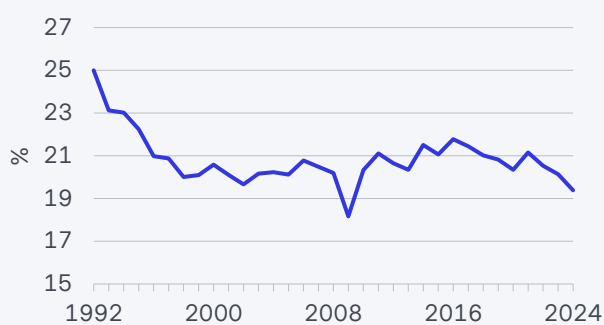
e) Bremen



f) Hamburg



g) Hessen



h) Mecklenburg-Vorpommern



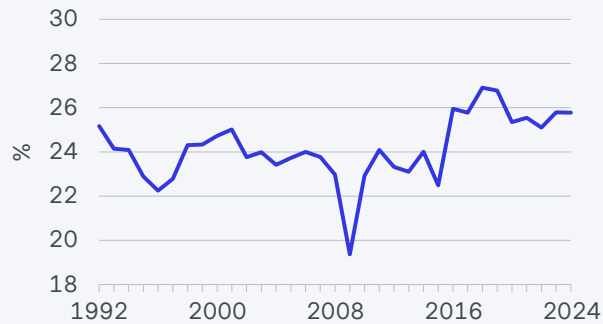
Anmerkung: Der reale Wertschöpfungsanteil bezeichnet die additive Quote nach Nierhaus und Abberger (2024).
 Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3

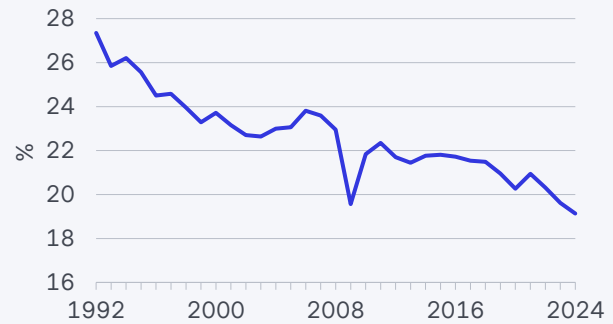
Industrieanteil nach Bundesländern II

Realer Wertschöpfungsanteil in %

a) Niedersachsen



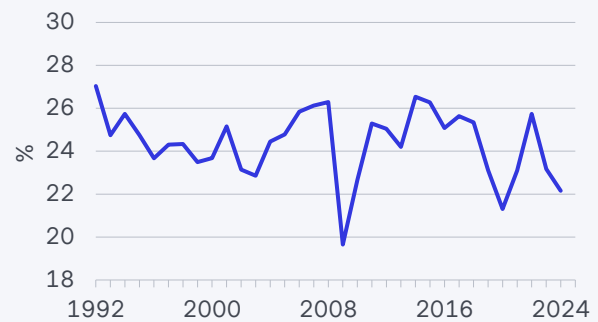
b) Nordrhein-Westfalen



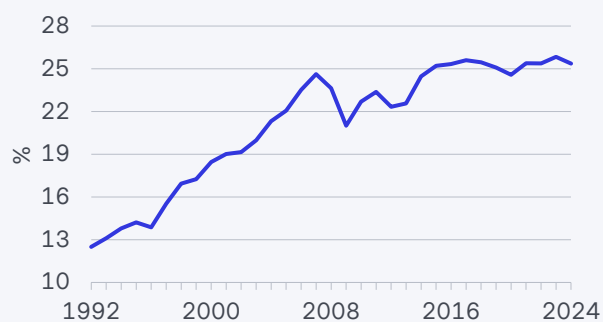
c) Rheinland-Pfalz



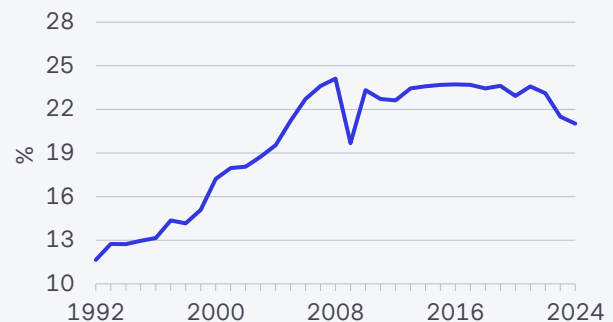
d) Saarland



e) Sachsen



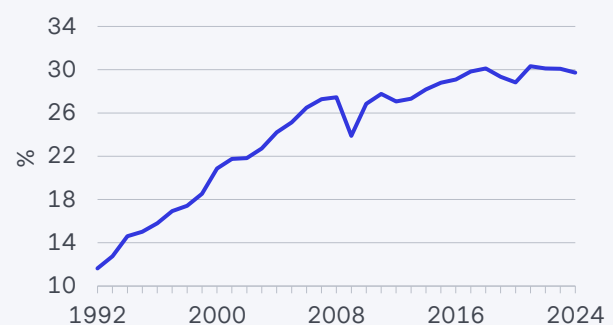
f) Sachsen-Anhalt



g) Schleswig-Holstein



h) Thüringen



Anmerkung: Der reale Wertschöpfungsanteil bezeichnet die additive Quote nach Nierhaus und Abberger (2024).
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Gegebenheiten und damit verbunden die Bedeutung einzelner Industriebereiche sein. Für Deutschland insgesamt zeigen Lehmann et al. (2025), dass sich der Strukturwandel innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in einer zunehmenden Diskrepanz zwischen der realen Wertschöpfung und der Warenproduktion in den einzelnen Industriezweigen widerspiegelt. Industriezweige, deren reale Wertschöpfung sich positiver als der Produktionsindex entwickelt, setzen bei der Produktion vermehrt auf hybride Geschäftsmodelle, bei denen ein zunehmender Anteil der Industrieumsätze mit produktbegleitenden Dienstleistungen und durch ausgelagerte Produktionsstätten erwirtschaftet wird. Für die Bundesländer ist die Veranschaulichung der Diskrepanz zwischen realer Wertschöpfung und Produktion nur eingeschränkt möglich, da der monatliche Produktionsindex nicht flächendeckend veröffentlicht wird. Verfügbar sind die Angaben – nach bestem Wissen der Autoren – nur für Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Während sich seit dem Jahr 2015 ähnlich zu Deutschland insgesamt eine erhebliche Diskrepanz zwischen Wertschöpfung und Produktion in Baden-Württemberg und Bayern aufgebaut hat, verlaufen beide Größen in Nordrhein-Westfalen im Gleichklang (vgl. Abb. 4).¹

Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass sich der

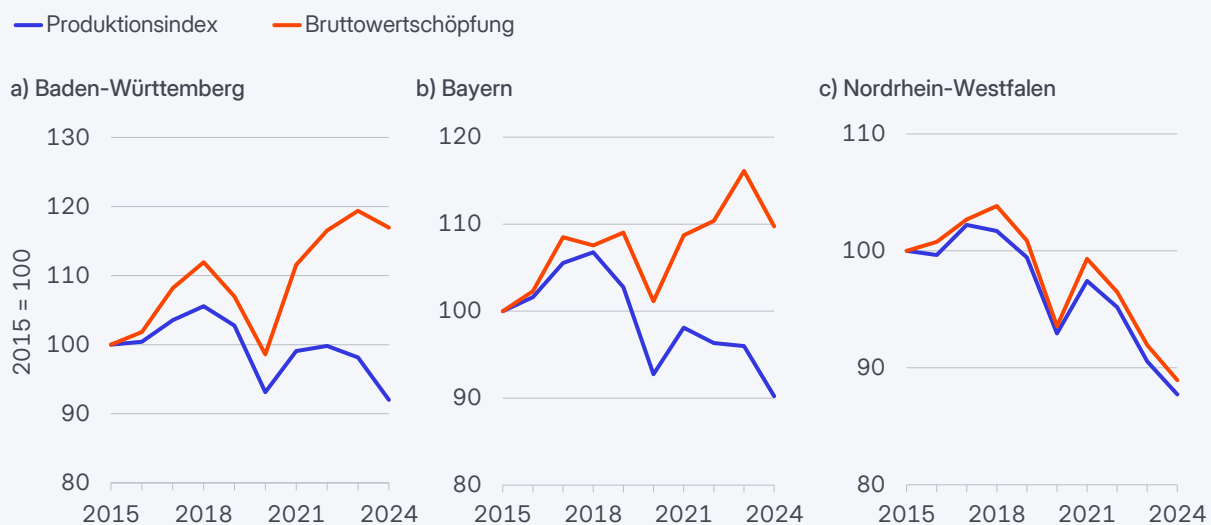
Strukturwandel in den einzelnen Bundesländern in unterschiedlicher Intensität vollzieht.

Lehmann und Wollmershäuser (2025a) zeigen zudem, dass diese Veränderung der Produktionsstrukturen insbesondere in den Jahren ab 2010 mit einer Anpassung der realen Wertschöpfungsanteile einhergeht. Je mehr in Industriezweigen Wertschöpfung aus hybriden Geschäftsmodellen entsteht und damit die Diskrepanz zwischen der realen Wertschöpfung und dem Produktionsindex zunimmt, desto stärker nimmt die Bedeutung des Industriezweiges gemessen an seinem realen Wertschöpfungsanteil zu. Besonders die Wertschöpfungsanteile der Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (WZ08-26) sowie der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (WZ08-29) haben kräftig expandiert. Verloren haben hingegen die Hersteller von chemischen Erzeugnissen (WZ08-20), die (erweiterte) Metallindustrie (WZ08-24 und WZ08-25) und der Maschinenbau (WZ08-28). Diese fünf Wirtschaftsbereiche besitzen in den Bundesländern ein unterschiedlich hohes Gewicht. Jene Bundesländer mit einem höheren Beschäftigungsanteil der Bereiche, die deutschlandweit eher Wertschöpfungsanteile verloren haben, zeigen auch insgesamt einen höheren Rückgang des realen gesamtwirtschaftlichen Industrieanteils im Zeitraum von 2015 bis

¹ Schmidt et al. (2024, S. 7) berichten ebenfalls für Nordrhein-Westfalen keine ausgeprägte Diskrepanz zwischen Bruttowertschöpfung und Industrieproduktion.

Abb. 4

Preisbereinigte Konjunkturindikatoren des Verarbeitenden Gewerbes für drei Bundesländer
Index



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Bayerisches Landesamt für Statistik, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, IT NRW, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

2024 (vgl. Abb. 5b).² Im Gegensatz dazu zeigen jene Bundesländer positive Veränderungen ihres realen Industrie-

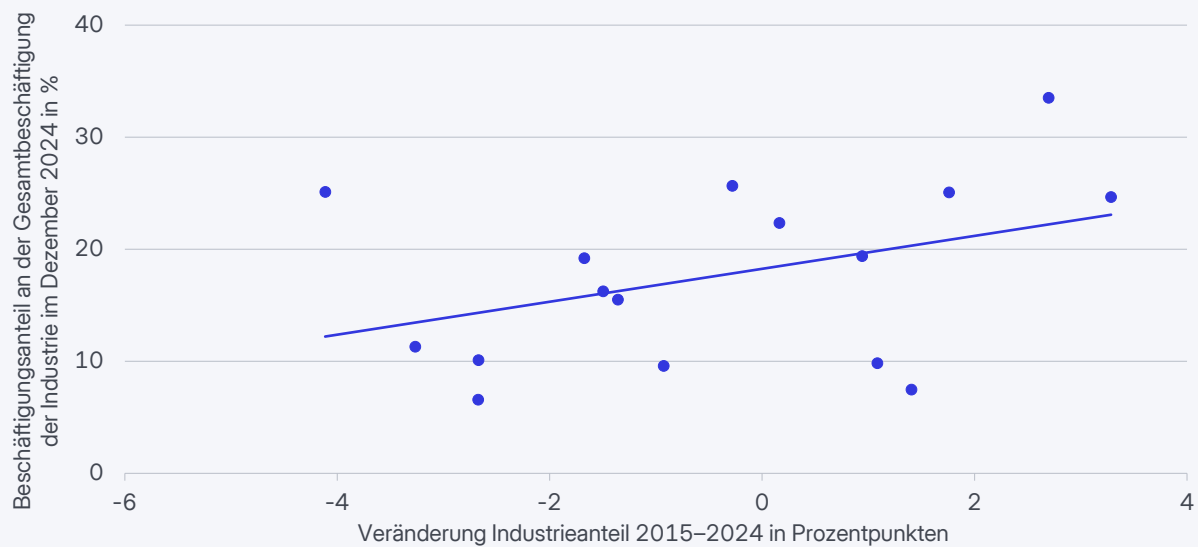
² Für die Bundesländer werden in den amtlichen Statistiken keine Angaben zur realen Bruttowertschöpfung nach einzelnen Industriezweigen veröffentlicht. Daher muss an dieser Stelle auf Beschäftigungsanteile zurückgegriffen werden.

anteils in den letzten zehn Jahren, welche einen höheren Beschäftigungsanteil der beiden Industriebereiche Herstellung von DV-Geräten und Herstellung von Kraftfahrzeugen aufweisen (vgl. Abb. 5a). Die starke Präsenz des Fahrzeugbaus könnte ebenfalls erklären, warum die Diskrepanz zwischen Wertschöpfung und Industrieproduktion

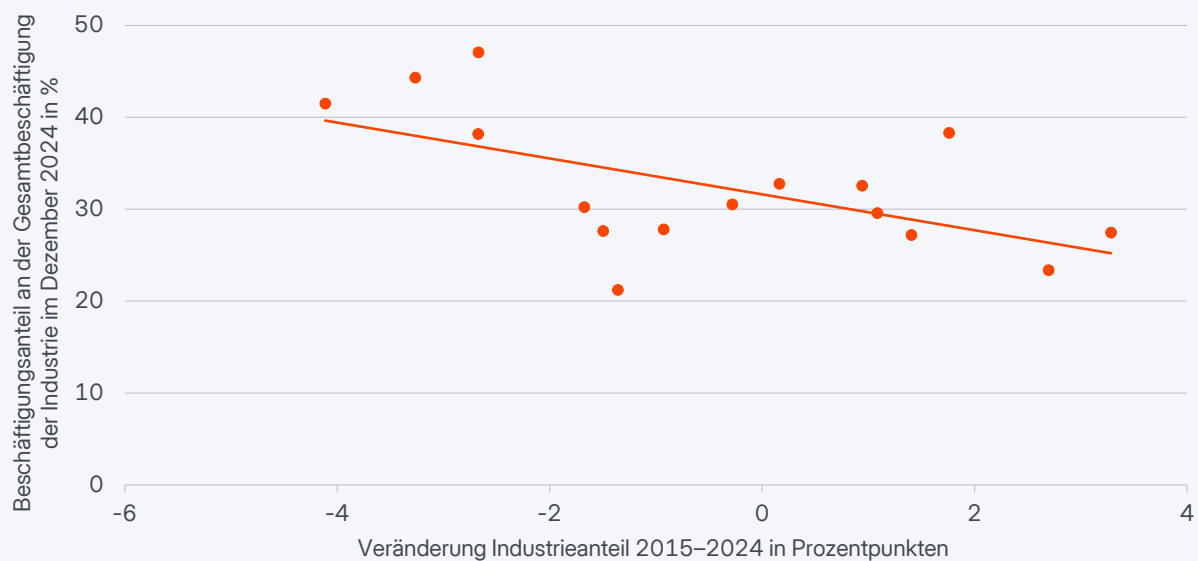
Abb. 5

Bedeutung der Wirtschaftsstruktur für die Veränderung des Industrieanteils

a) Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten etc. und Fahrzeugbau



b) Chemieindustrie, Metallindustrie, Maschinenbau



Anmerkung: Jeder Punkt repräsentiert ein Bundesland.
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

in Baden-Württemberg und Bayern so ausgeprägt ist und dies für Nordrhein-Westfalen nicht gilt. So ist gemäß Beschäftigungsanteil der Fahrzeugbau unter den Top-3-Industriezweigen in den beiden südlichen Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen spielt der Fahrzeugbau hingegen nur eine untergeordnete Rolle.

Schlussfolgerungen

Der reale Anteil der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung ist in Deutschland und in den meisten Bundesländern in den vergangenen beiden Jahren gesunken. Es ist unklar, ob sich diese Rückgänge in den kommenden Jahren fortsetzen und sie damit dauerhaft werden oder ob sich die Industrien in den Bundesländern erholen und ihre Wertschöpfungsanteile – wie in der Vergangenheit schon häufiger geschehen – wieder zunehmen werden.

Ein vorübergehender Rückgang wäre typisch für eine Konjunkturkrise, wenn aufgrund einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung im Inland und im Ausland Neuaufträge ausbleiben. Sobald sich die Nachfrage auf den Absatzmärkten erholt, würde auch die Wertschöpfung in der Industrie wieder schneller steigen als in der Gesamtwirtschaft, sodass der Wertschöpfungsanteil wieder zunehmen würde. Der Rückgang könnte aber auch vorübergehend in einer durch einen Strukturwandel ausgelösten Krise sein. In diesem Fall würden alte Industrien oder Geschäftsmodelle wegfallen und durch neue Industriemodelle ersetzt werden müssen, deren wirtschaftlicher Erfolg sich allerdings erst nach einiger Zeit in Wertschöpfungsgewinnen äußert. Der Strukturwandel kann aber auch mit dauerhaften Rückgängen des realen Wertschöpfungsanteils des Verarbeitenden Gewerbes und damit einer Deindustrialisierung einhergehen, wenn die neuen industriellen Geschäftsmodelle scheitern oder wenn wegfallende Industrien durch Neugründungen in anderen Wirtschaftsbereichen (etwa im Dienstleistungssektor) ersetzt werden.

Für Deutschland insgesamt und die meisten Bundesländer schwankte der reale Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes seit Mitte der 2000er Jahre im Einklang mit dem Konjunkturzyklus um einen weitgehend stabilen Mittelwert. Eine Deindustrialisierung zeigt sich lediglich in Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit einem sinkenden Trend der Industriequote. Hingegen gewinnt das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern an Bedeutung und gleicht die Rückgänge in den deindustrialisierenden Bundesländern aus. Gewinner und Verlierer sind eng mit den Industriestrukturen verbunden, die sich zwischen den Bundesländern deutlich unterscheiden. Zu den Ge-

winnern zählen die Bundesländer, die einen industriellen Schwerpunkt in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen haben. Verloren haben hingegen die Bundesländer mit einem hohen Gewicht bei der Herstellung von chemischen Erzeugnissen, der Metallindustrie sowie dem Maschinenbau. •

Referenzen

Grömling, M. (2005), *Sinn und Unsinn von Quoten auf Basis von preisbereinigten Werten*, *Thünen-Series of Applied Economic Theory – Working Paper* Nr.50.

Herrendorf, B., R. Rogerson und Á. Valentinyi (2013), *Growth and Structural Transformation*, *NBER Working Paper* Nr.18996.

Lehmann, R., S. Linz und T. Wollmershäuser (2025), *„Strukturwandel im Verarbeitenden Gewerbe: Hybride Produkte und Produktionsprozesse verändern industrielle Geschäftsmodelle“*, *ifo Schnelldienst digital*, 6(5), 1–13.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2025a), *„Strukturwandel – Verliert die Industrie in Deutschland wirklich an Bedeutung?“*, *Wirtschaftsdienst*, 105(8), 554–561.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2025b), *„Verliert die Industrie in Europa an Bedeutung?“*, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 2025(2), 70–75.

Nierhaus, W. und K. Abberger (2024), *„Vorjahrespreisbasis, Aggregation und Quoten“*, *ifo Schnelldienst*, 77(12), 58–63.

Schmidt, T., G. Barabas, B. Blagov, M. Dirks, F. Kirsch und P. Schacht (2024), *Verhaltene Erholung der Konjunktur, Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen*, Februar 2024.